

Volkswacht

Wegzettel:
 Die Deutsche Postanstalt
 für den Vertrieb
 des Volksorgans
 in den Provinzen
 des Reiches
 Nr. 120
 Bei Wiederholungen Rabatt.
 Inserate müssen zwei Tage vor Erscheinen
 der Zeitung in unseren Händen sein.

Wegzettel:
 In Dänzig durch unsere Zugs
 stellen ... monatlich 1,80
 vierteljährlich 4,20
 Durch die Post bezogen außerdem
 noch Postgebühren monatlich 10
 Einzelnummern ... 14
 Postfachkonto Dänzig Nr. 2948.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition:
 Dänzig, Paradiesgasse 32.

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon: Redaktion 3795.
 Expedition 3290.

Nr. 107 Sonntag, den 11. Mai 1919 10. Jahrgang

Frankreichs und Englands Sozialisten gegen den Gewaltfrieden.

Deutscher Einspruch.

Berlin, 9. Mai. (B. L. Z.) Der erste Delegierte der deutschen Friedensdelegation, Reichsminister des Auswärtigen Graf Brockdorff-Rausau, hat heute abend folgende Noten an den Präsidenten der Friedenskonferenz, Herrn Clemenceau, gerichtet:

Berlin, 9. Mai 1919.
 Herr Präsident!

Die deutsche Friedensdelegation hat die erste Durchsicht der überreichten Friedensbedingungen vollendet. Sie hat erkennen müssen, daß in entscheidenden Punkten die vereinbarte Basis des Reichsfriedens verlassen ist. Sie war nicht darauf vorbereitet, daß die ausdrücklich dem deutschen Volke und der ganzen Menschheit gemachte Zusage auf diese Weise illusorisch gemacht wird.

Der Vertragsentwurf enthält Forderungen, die für kein Volk erträglich sind. Vieles ist außerdem nach Ansicht unserer Sachverständigen unerfüllbar. Die deutsche Friedensdelegation wird den Nachweis im einzelnen erbringen und den alliierten und assoziierten Regierungen ihre Bemerkungen und ihr Material fortlaufend zugehen lassen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.
 Graf Brockdorff-Rausau.

Berlin, 9. Mai 1919.
 Herr Präsident!

Die deutsche Friedensdelegation beehrt sich zu der Frage des Völkerbundes Stellung zu nehmen, indem sie anbei ein deutsches Programm überreicht, das ihrer Meinung nach zum Problem des Völkerbundes wesentliche Anregungen enthält. Die deutsche Friedensdelegation behält sich vor, sich noch eingehend zum Entwurf der alliierten und assoziierten Regierungen zu äußern. Sie macht jedoch schon heute auf den Widerspruch aufmerksam, der darin liegt, daß Deutschland zwar das Statut des Völkerbundes als einen Bestandteil des uns überreichten Vertragsentwurfs unterzeichnet hat, sich aber nicht unter den Staaten befindet, die zum Eintritt in den Völkerbund eingeladen sind. Die deutsche Delegation stellt die Anfrage, ob und gegebenenfalls unter welchen Umständen eine solche Einladung beabsichtigt ist.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.
 Graf Brockdorff-Rausau.

Die französischen Sozialisten.

Berlin, 9. Mai. Das „Berl. Tagebl.“ meldet uns, daß die sozialistischen Blätter seitdem diesen Frieden protestieren, den die „Humanität“ einen Frieden der Gewalt, des absoluten Imperialismus und der Ungerechtigkeit nennt. Das französische Volk verweigere seine Unterschrift zu diesem Vertrag. In wenigen Tagen wird es sich gegen dieses Dokument, im Bizmarck-Stil wendend, das eine Verleumdung des Völkerrechts ist. Wenn der Vertrag vor die Kammer kommt, wird kein sozialistischer Deputierter dieses diplomatische Schriftstück aufheben dürfen, das die Geschichte als eine verbrecherische Verletzung geachteter Versprechen, als ein Missetaten gegen Moral und Völkerrecht bezeichnen wird.

Die „Humanität“ gibt dann Analysen der Bestimmungen, die sich auf das Saargebiet und die deutschen Kolonien beziehen. Morit, Erwan und Renouit haben diesen Teil bearbeitet und kennen die Kapitel über das Saargebiet die schlimmste Gewalttat des Vertrages. Die französische Zeitung fordert die Deutschen des Saargebietes auf, mit Verstand der Gewalt und Korruption Widerstand zu leisten, die jetzt gegen sie verübt werde. Sie sollen sich ihren nationalen Sinn erhalten. Die französischen Ernennungen werden für die eintrüben, wie sie für alle unerschütterlichen Völker eintrüben sind. Ebenfalls soll die Begnadigung der deutschen Kolonien. Das arbeitende Deutschland brauche Kolonien wie jedes andere große Volk. Willen habe den arbeitsfähigen begangen, als er schickte, daß die Kolonien zum Vorteil der Staat gerahmt werden.

Rampjanlage gegen Clemenceau.

Henri Barbus, Verfasser des „Neuer“, veröffentlicht als Präsident der sozialistischen Gewerkschaft früherer Kriegsteilnehmer einen Auf-

ruf, der überall in Paris angeschlagen wurde. Darin wird im Namen der fürs Vaterland Gebliebenen ein Frieden ohne Annexion, Generalamnestie und Konfiszierung der während des Krieges unrichtig erworbenen Reichtümer gefordert. Die gesamte sozialistische Presse und die Parteileitung kündigt Clemenceau einen Kampf bis auf Messer an. Der Aufruf ist von Thomas und Renaudet mitunterzeichnet. Die bürgerliche Presse beschwört die Arbeiter, während der Anwesenheit der amerikanischen und englischen Verbündeten Ruhe zu bewahren.

Ablehnende Stimmen englischer Sozialisten

Die „Daily News“ veröffentlicht die ablehnenden Urteile einiger bekannter Arbeiterführer und Sozialisten zum Friedensvertrag.
 In ironischer Weise äußert sich Bernhard Shaw. Er sagt: Durch die Friedensbedingungen wird der Welt die Demokratie in Deutschland gesichert, die Demokratie überall sonst wird aber schließlich unfruchtbar. Deutschland haben wir dann seiner ganzen schweren Bürde entkoben und sie auf unsere eigenen Schultern genommen. Während uns diese Last niederdrückt, wird Deutschland fröhlich zum Wohlstand zurückzukehren, ohne daß es dabei für etwas anderes zu sorgen braucht als für die eigene Wiederherstellung. Scheinbar behält Deutschland dafür einen hohen Preis. Es bekommt aber für sein Geld einen ausgezeichneten Gegenwert. Wer will jetzt noch leugnen, daß wir feilschlos sind?

Der Arbeiterführer Snowden meint: Dieser Vertrag ist der Gnadenstoß aller dieser, die Hoffen, daß das Ende des Sieges und des Friedens bringen würde. Es ist aber kein Friedensvertrag, sondern lediglich nur die Erklärung eines neuen Krieges. Dieser Vertrag ist Verrat an der Demokratie und an den Toten des Krieges. Dieser Friedensvertrag enthält die wahren Kriegsziele der Alliierten.

Der Arbeiterführer Clynes erklärt: Die Bedingungen wären nicht weniger schwer als diejenigen, die Deutschland den Alliierten im Falle seines Sieges auferlegt hätte. Die Vertiefung der deutschen Gebiete, Elbst-Lothringen ausgenommen, wird für unsere Zukunft eine Gefahr bleiben, es sei denn, daß durch den Völkerbund eine Neuregelung getroffen wird.

Professor Murray führt aus, daß in diesem Vertrage der Sieges des Krieges liegt und er bedeutet die Herausforderung zu einem neuen Krieg. Die einzige Hoffnung auf einen wirklichen Frieden liegt in der persönlichen Tätigkeit des Völkerbundes.

Saag, 9. Mai. Die „Labour Party“ hat ein Manifest veröffentlicht, in dem sie erklärt, daß gewisse Teile des Friedensabkommens nicht mit den 14 Punkten und Erklärungen Wilsons vereinbar sind. Es wird gefordert, daß die finanzielle Lage des deutschen Volkes bei der Festlegung der Entschädigung berücksichtigt werden müsse. Die Kriegsausgaben sollen allgemein eingeschränkt werden und in Elbst-Lothringen und in anderen deutschen Landesteilen soll eine Volkserhebung stattfinden.

Eines Junters Abschied.

Der frühere Polizeipräsident von Berlin, Herr von Jaqom, der 1910 im Deutschen Reich vertrieben Strakenemonstrationen gegen die Dreikönigensamach hintertrieb, wolle sich warme Neugierde, der dann die Vorzeichen des Sieges bei dem Moabit Streik 1911 verdiente, der später die lebenswichtige Schauspielerei Villa Durieux erkaufte, ihn im Mittelalter zu empfangen, auf daß er seine Kenntnisse über die Schauspielkunst wieder Wertung bei der Theaterreform erweitere, wurde von Wilhelm's Regierung als Reichspräsident nach Breslau verlegt, um für seine Verdienste belohnt zu werden.

Der Mann ist jetzt entlassen worden und hat bevor er gehen mußte, noch einmal einen seiner ewig denkwürdigen „Erlasse“ mitteilt. Des Junters letzter Ukas lautet:
 Von S. M. dem Könige am 27. Mai 1918 zum Präsidenten der Regierung in Breslau ernannt, von der jetzigen Regierung nunmehr wegen fortwährender Gesinnung in den zeitlichen Ruhestand versetzt, verabschiede ich mich hiermit von dem Regierungsbereich Breslau. Mein Abschiedswort ist: nur denen, die in dieser Zeit der Not das Bestreben über alles gestellt haben, daß durch alle Mittel der Staatserhaltung in der Notzeit, die die Kriegszeit der Beamten der Geschichte eine hoch anerkannt werden wird, ganz besonders die der am meisten und undenkbar bedürftigsten der Landräte. Die Not muß weiterreichen. Solange Millionen Deutschen Deutschland verraten, ich scheide mit der Regierung, daß das deutsche Volk sich nach Rechtsstaatlicher und geistiger schwerer Wirrtüme in überwältigender Mehrheit nach seinem sozialen Aufsturz zurücksehen wird.

Glücklicherweise sind die Junter von Jaqom's Manier 1905 aller Kuriositäten unverfälscht, mit der sie die verräter Deutschen außerordentlich eigenen Reichen haben, nur noch Nachgelebener aus verjüngter Zeit. Diese Klasse ist so

gründlich abgetan, daß ihre Herausforderungen nur noch ein Pöbeln werden.
 Die Regierung sollte aber endlich allen Gesinnungsgegnern Jaqom's in den höheren Beamtenstellen Gelegenheit zu ähnlichen Abschiedsworten geben.

Antifemistische Freiwilligenwerbung.

Weiß das Kriegsministerium davon?
 Wie uns mitgeteilt wird, prangen neuerdings am Hauptportal der Bibliothek. Unter den Fenstern, zwei Plakate, deren eines einen Werbeauftrag für eine angebliche Freiwilligenwerbung darstellt. In diesem Plakat befinden sich wörtlich folgende Sätze:

Offiziere, Mannschaften, Techniker, Freiwillige aller Truppengattungen deutsch-germanischer Abstammung, die Wert darauf legen, bei Truppen einzutreten, bei denen weder Juden, noch Halbjuden, noch Judenangehörige Aufnahme finden können, können sich in unserem Werbebureau einschreiben lassen.

Die bei uns abgehenden Postmationen können sich ihre Offiziere aus den bei uns angemelde-

Mordprozess Liebknecht und Rosa Luxemburg.

Im großen Schwurgerichtssaal in Moabit begann heute vormittags vor dem Feldkriegsgericht des Landwehrbezirks-Schiffenwerks die Hauptverhandlung gegen die wegen des Mordes an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg Angeklagten. Die Verhandlung leitet Kriegsgerichtsrat Ehrhardt, außer ihm gehören ein Kriegsgerichtsrat, ein Kapitänleutnant, ein Offizierskammerdiener und ein Mann dem Gericht an. Die Anklage vertritt Kriegsgerichtsrat Köhn.

Angeklagt sind: Pjotr Runae, Kapitänleutnant Boris v. Pjilua v. Hartung, Oberleutnant zur See Ulrich v. Mittgen, Oberleutnant zur See Heinrich Stiege, Leutnant Seina v. Pjilua-Hartung, Leutnant zur See Bruno Schläge, Leutnant der Reserve Rudolf Piepmann, Oberleutnant Bogel, Hauptmann der Landwehr Welser.

Sämtliche Angeklagte werden vom Rechtsanwalt Grünwald verteidigt.
 Nachdem die Zeugen aufgerufen waren, wurden sie vom Vorsitzenden, R.-O.-M. Ehrhardt ermahnt, sich bei ihren Aussagen nicht durch politische Gesichtspunkte leiten zu lassen, sondern ohne jede Rücksicht der Wahrheit die Ehre zu geben.

Der Angeklagte Runae
 ist am 22. Mai 1875 geboren und von Beruf Dreher. Die angeklagten Offiziere sind geboren: Boris v. Pjilua-Hartung 1889, v. Mittgen 1894, Stiege 1882, Piepmann (in Zivil Stud. phil.) 1894, Seina v. Pjilua-Hartung 1890, Bogel 1889, Welser 1864, Schläge 1895. Sämtliche Offiziere sind Angehörige des Eisernen Kreuzes erster und zweiter Klasse und anderer Orden. Ihre militärischen Qualifikationsberichte lauten durchweg sehr günstig.

Der Angeklagte Runae wird beschuldigt, seinen Pöbel vor dem Edenhofe eigenmächtig veranlassen und einen Kolbenstoß gegen Liebknecht, zwei Kolbenstöße gegen Rosa Luxemburg geführt und sich dadurch der verurteilten Tötung schuldig gemacht zu haben. Er gibt an: Ich kam vor dem Edenhofe vorbei, erfuhr, daß Liebknecht eingeschleppt wurde. Ich war schon im Verdacht, weil ich durch Liebknechts Reden von den Arbeitern im Siemenswerke vor dem Streit im November angenommen worden bin. Als Liebknecht in das Edenhofe eingeschleppt wurde, habe ich in meiner Wut auf ihn ein oder zwei Kolbenstöße gegen seinen Kopf geführt, als er im Auto lag. Ich glaube nicht, daß ich ihn getroffen habe, jedenfalls weiß ich es nicht. Es kann sein, daß die Schläge nur das Auto getroffen haben.

Auf Befragen gibt der Angeklagte als Ursache seiner Wut auf Liebknecht und Rosa Luxemburg an, er wolle sich dem Demonstrationstreit im November nicht anschließen. Eine Menge Arbeiter händen um ihn herum. Unter ihnen waren Liebknecht und Rosa Luxemburg. Liebknecht hielt mir eine Pistole vor und drohte, ich werde über den Damm geschossen, wenn ich den Pöbel nochmals bereste. Ebenfalls sprach Rosa Luxemburg zu mir. — Vorher: Sie sollen ruhig gehen, als Liebknecht und Rosa Luxemburg eingeschleppt wurden: „Das kommen hier nicht lebendig raus.“ Ankeff.: Das habe ich nicht gesagt, sondern der Oberleutnant hat es gesagt. Die beiden Chauffeure herab zu den Fenstern. Nach der Herab der Fahrer bereitete sich an dem Gelände. Er sagte, wenn er nicht 2000 Mk. Schutzgeld bekommt, läßt er das ganze Edenhofe beschließen. Am nächsten Tage habe ich mich von Sozialisten falsche Papiere gekauft, damit ich nach Alensburg gefahren. Gaus der Papiere lautete auf den Namen Johann Dünwald. In Alensburg lag ich mich als Freiwilliger anwerben, wurde von dort nach Celle verlegt, dort am 11. April festgenommen und nach Berlin transportiert. Vorher: Hat Sie irgend jemand veranlaßt, Liebknecht und

den rein germanischen Offizieren wählen.
 Untertrieben in dieser Anruf: Anschluß für Volkspartei, Josef Belzer, Johannes Pothol, Unter diesen Namen befindet sich der ausdrückliche Aufsch:

Die Genehmigung zur Werbung von Truppen ist uns vom Kriegsministerium erteilt.

Das zweite Plakat stellt zwar keinen Werbeauftrag dar, sondern wendet sich an die Allgemeinheit. Es selbst aber in rührender Nähe des ersten und ist von demselben „Anschluß für Volkspartei“ unterzeichnet. In diesem Plakat wird gesagt, Anfang November 1918 hätte ein Jude Oscar Lohm zusammen mit Gasse, Barth, Dittmann, Scheidemann usw. an Stelle des Ordnungshautes eine jüdische Wucher-, Schieber- und Mischwirtschaft gestiftet. Wir erinnern uns, den Namen Belzer schon öfter unter antilemischen Flugblättern gelesen zu haben, die von einer Boarombeke nicht weit entfernt waren. — Wir können nicht mehr glauben, daß diesen Leuten wirklich eine Werbeerlaubnis erteilt worden sein sollte. Jedenfalls aber wird das Kriegsministerium schleunigst zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen haben. Das eine derartige Werbung unter keinen Umständen geduldet werden kann, bedarf keiner Erläuterung.

Rosa Luxemburg zu töten? Ankeff.: Nein, dazu bin ich von keiner Seite, weder von ziviler noch von militärischer, veranlaßt worden.
 Der Vorsitzende erörtert die Angaben über den angeblich mangelhaften Gesundheitszustand des Angeklagten Runae. Er hat 1911 in der Fabrik einen Unfall erlitten. Ein Splitter drang ihm ins Auge, er führte einen Rechtsstreit wegen einer Invalidrente, die ihm 1913 zugesprochen wurde. Während der Prozess schwebte, erkrankte er in einer Erregung an die Nervengeniehmigkeit, er werde die ganze Nervengeniehmigkeit loslassen, wenn er keine Rente bekomme. Später erlitt der Angeklagte noch einen unbedeutenden Unfall, der auf seinen Gesundheitszustand keinen Einfluß ausgeübt haben kann. Den Krieg hat er bis 1918 mitgemacht und ist währenddem als Herrentanker im Lazarett behandelt worden.

Vorher: Nun wollen wir wieder zur Anklage kommen. Sie, Angeklagter, sind also, nachdem Sie den Kolbenstoß gegen Liebknecht geführt hatten, wieder auf ihren Pöbel zurückgegangen. Später wurde Frau Luxemburg gebrückt. Die beiden zwei Schläge gegen ihren Kopf geführt. Lassen Sie die Abbitte, sie totzuschlagen? Ankeff.: Nein, ich weiß überhaupt nicht, ob ich mit aller Kraft zugeschlagen habe. Vorher: Als alter Soldat müßten Sie doch wissen, daß ein Schlag mit einem Karabinerhaken einen Menschen töten kann. Sie wollen auch nicht gesehen haben, daß Frau Luxemburg zu Boden gestürzt war, daß sie blutüberströmt in den Pöbel geschleift wurde. Sie wollen auch keinen Schuld gehabt haben? Ankeff.: Nein, ich habe mich das alles nicht überlegt. Nachdem ich die Schläge geführt hatte, ging ich ins Wäldchen, denn meine Polizeiberechtigung war abgelaufen, und ich erwiderte um Abbitte.

Angeklagter Boris v. Pjilua-Hartung
 ist noch anderen angeklagten Offizieren die vorläufige Führung beizubehalten. Er gibt an: Ich war mit einer unvollständigen Partoutille ins Edenhofe beordert. Ich ging mit meinen Leuten hin, meldete mich beim Hausmann Bogel und erhielt die Weisung, den festgenommenen Liebknecht nach Moabit zu transportieren. Liebknecht trat in ins Edenhofe von zwei Offizieren in einem Zimmer des ersten Stock. Als mir angeteilt wurde, ins Edenhofe zur Arbeit bereit zu sein, trat der direkteste Weg nach Moabit zu führen. Ich bedachte noch einen zweiten Weg, um einen anderen Weg zu nehmen. Ich war aber nicht ganz so weit, als ich den Weg nach Moabit sah. Das Auto eigentlich fahren. Der beide händen auf der Karte den Weg. Liebknecht kam dabei. Später kam noch ein Polizeioffizier. Bei der Verhaftung des Liebknecht fehlte ich, denn Liebknecht beehrte keine Identität. In diesem Moment mit Liebknecht lernte ich Liebknecht als einen aufrechten Mann kennen, der von keiner Seite überredet war, und den ich als ehrlichen Arbeiter anerkennen mußte. Ich forderte Liebknecht auf, mich zu verlassen, wie ich eine Pistole und eine Wunde, daß ich bei einem Nachversuch sofort auf ihn schießen würde. Beim Durchgehen gingen wir auch auf den Hauptausgang zu, bogen dann aber nach einem Nebenausgang ab, durch den wir das Hotel verließen.

Diese von mir ausgegangene Abbitte war den Herren in meiner Partoutille nicht bekannt. Vor der Zeit war viel Unruhe, meine Leute mußten erst mit dem Karabiner Plan machen. Als ich mit Liebknecht im Auto lag, erhielt ich von einem Mann, der ich aber nicht bezeichnen kann, denn wir sprachen nachdem noch miteinander. Auf meinen Befehl wurde dann schneller gefahren. Am Tiergarten am Neuen See erlitt das Auto eine Wunde und konnte nicht weiterfahren. Ich beschloß, nach der Charlottenburger Chauffee zu

